LZ-Rheinland

Artikel vom 23.07.2025 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 02:45 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/bruessel-will-die-zuegel-anziehen

Brüssel will die Zügel anziehen



Foto: imago/Shotshop

Mit der GMO-Reform sollen Bezeichnungen von Fleischersatzprodukten strenger reguliert werden

Die EU-Kommission möchte die Verwendung von traditionell für Fleischprodukte genutzten Bezeichnungen weiter einschränken. Das geht aus dem am Mittwoch vergangener Woche vorgelegten Vorschlag zur Überarbeitung der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) hervor. Die Behörde argumentiert darin, dass es sowohl im Interesse der Erzeuger als auch der Verbraucher sei, Begriffe, die traditionell für tierische Lebensmittel verwendet werden, nicht bei pflanzlichen Fleischersatzprodukten einzusetzen.

Die EU-Kommission verweist explizit auf ihre im Februar veröffentlichte agrarpolitische Vision, in der sie eine stärkere europäische Tierhaltung zum Ziel erklärt. Der Viehsektor der Union sei besonders anfällig für verschiedene Schocks und müsse hohe Produktionsstandards einhalten, die vom Markt nicht immer honoriert würde. Mit Blick auf die Verbraucher wird argumentiert, dass fleischbezogene Begriffe oft eine kulturelle und historische Bedeutung hätten. Es sei daher angemessen, diese zu schützen, um die Transparenz im Binnenmarkt hinsichtlich der Lebensmittelzusammensetzung und des Nährwerts zu verbessern. So solle sichergestellt werden, dass Verbraucher fundierte

Entscheidungen treffen könnten, insbesondere diejenigen, die gezielt nach dem Nährwertprofil traditioneller Fleischprodukte suchten. Im Anhang des Reformvorschlags werden 29 Bezeichnungen aufgeführt, die ausschließlich für Fleisch verwendet werden sollen, darunter Begriffe wie Lende, Haxen und Speck. Als Fleisch werden dabei die essbaren Teile von Tieren definiert.

Auf Widerspruch stößt der Vorschlag der EU-Kommission bei den Vegetariern. Die European Vegetarian Union (EVU) kritisiert, dass die Reform für mehr Bürokratie sorgen und die Wettbewerbsfähigkeit schwächen würde. Außerdem könne man nicht die Ernährungssicherheit und den Klimawandel als Prioritäten setzen und gleichzeitig die Entwicklung von Schlüssellösungen behindern. Der EVU zufolge behindere die Initiative der Kommission auch neue Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft aus pflanzlichen Produkten.

AgE